

Die Bedeutung der Wende in Mittel- und Osteuropa für die Zukunft der ökumenischen Bewegung*

VON KONRAD RAISER

Gerne bin ich der Einladung gefolgt, an der heutigen Veranstaltung zur Verabschiedung von OKR Dr. Klaus-Martin Beckmann in den Ruhestand mitzuwirken. Seit dem Beginn meiner eigenen aktiven Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung vor über 25 Jahren ist Bruder Beckmann für mich wie für viele meiner Kollegen im Ökumenischen Rat einer der verständnisvollsten und verlässlichsten Partner im Umfeld der deutschen Kirchen gewesen. Er hat die intensive Beteiligung seiner eigenen Kirche an der ökumenischen Arbeit entscheidend mitgestaltet und vorangetrieben. Sein engagierter Einsatz bei der Interpretation des kontroversen Programms zur Bekämpfung des Rassismus ist vielen der ökumenischen Freunde in deutlicher Erinnerung. Am Tag seiner Verabschiedung in den Ruhestand möchte ich ihm daher im Namen des Ökumenischen Rates der Kirchen einen aufrichtigen Dank sagen und ihm besonders angesichts seiner eingeschränkten Gesundheit versichern, daß ihm auch in Zukunft die vielfältigen ökumenischen Freundschaften erhalten bleiben werden. Möge es ihm gewährt sein, daß er seine körperlichen Kräfte so weit zurückgewinnt, daß er noch manche Jahre des verdienten Ruhestandes genießen kann.

I.

Ich bin gebeten worden, heute über die Bedeutung der Wende in Mittel- und Osteuropa für die Zukunft der ökumenischen Bewegung zu sprechen. Mehr als sieben Jahre nach den Ereignissen des Jahres 1989/90 legt sich ein solcher Versuch der Bestandsaufnahme und Einschätzung in der Tat nahe. Und doch ist gleichzeitig deutlich, daß wir noch am Anfang einer neuen Epoche stehen, deren Umrisse erst allmählich erkennbar werden. Ich muß daher versuchen, mich in langsamen Schritten an das Thema heranzutasten und die entscheidenden Elemente herauszuschälen. Ich beginne mit einem kurzen Rückblick auf die Situation vor der Wende.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges befand sich Mittel- und Osteuropa unter kommunistischer Herrschaft. Die Bedingungen des Kalten Krieges und der zunehmend aggressiven Ost-West-Konfrontation schränkten die Möglichkeiten ökumenischer Zusammenarbeit ein. Seit dem Anfang der sechziger Jahre eröffnete sich für die große Mehrzahl der Kirchen in diesem Teil Europas die Möglichkeit der unmittelbaren Beteiligung an den ökumenischen Organisationen. Vor allem die Konferenz Europäischer Kirchen hat den Aufbau und die Vertiefung von Kontakten zwischen den Kirchen im

* Vortrag aus Anlaß der Verabschiedung von OKR Dr. Klaus-Martin Beckmann am 2. März 1997 in Darmstadt.

westlichen und östlichen Teil Europas zum zentralen Bezugspunkt ihrer Arbeit gemacht. Die Kontakte nach Mittel- und Osteuropa waren freilich in den meisten Fällen auf die Kirchenleitungen beschränkt, und sie unterlagen einer ständigen staatlichen Beobachtung und Kontrolle. Die staatlichen Ämter für Religionsangelegenheiten versuchten, die kirchlichen Kontakte zu ökumenischen Organisationen im Interesse der politischen Ziele ihrer Regierungen zu nutzen, und verfolgten dabei eine koordinierte Strategie. Über diese Zusammenhänge bestand unter allen Beteiligten kein Zweifel, und bei den ökumenischen Organisationen versuchte man deutlich zu unterscheiden zwischen Anliegen der Mitgliedskirchen selbst und Interessen der betreffenden Regierungen. Wieweit es den staatlichen Stellen gelungen ist, ihre Politik der Beeinflussung und Steuerung umzusetzen, ist zur Zeit Gegenstand kontroverser Diskussionen unter Historikern, und es ist jedenfalls noch zu früh für abschließende Urteile. Auch gab es deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Kirchen. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Christliche Friedenskonferenz, deren Einfluß auf die ökumenische Bewegung im ganzen freilich sehr begrenzt blieb.

Für die ökumenischen Organisationen war es trotz aller Schwierigkeiten und Einschränkungen wichtig, die Kirchen in Mittel- und Osteuropa in ihrem Zeugnis und Dienst nach Kräften zu unterstützen und ihre eigene Stimme im ökumenischen Gespräch zu Gehör kommen zu lassen. Die vielfältigen Partnerschaften zwischen Kirchen, Kirchenkreisen und Gemeinden im Westen und Osten Europas haben einen wichtigen Anteil an der ökumenischen Bewußtseinsbildung, die in diesen Jahrzehnten stattgefunden hat. Die durch den Helsinki-Prozeß in der ersten Hälfte der 70er Jahre ausgelöste Diskussion über Menschenrechtsfragen und die sich herausbildenden Gruppierungen einer internen Opposition in Gestalt von Bürgerrechtsbewegungen oder Gewerkschaften haben auch für die ökumenische Arbeit neue Möglichkeiten erschlossen. Nach der Wende ist den ökumenischen Organisationen vielfältig vorgeworfen worden, nicht frühzeitig genug auf diese Signale reagiert zu haben und wissentlich oder unwissentlich zur Stützung von Unrechtsstrukturen beigetragen zu haben. Diese Kritik ist sicherlich an manchen Stellen berechtigt, aber Verallgemeinerungen verdecken die wirklichen Problempunkte. Die ökumenischen Organisationen haben vermutlich zu lange an den Zielen der Entspannung und Friedenssicherung festgehalten in der Hoffnung auf einen „Wandel durch Annäherung“. Zu spät haben sie das Veränderungspotential im Inneren und den wachsenden Druck auf radikalen Wandel erkannt.

Die Wende hatte in vielen der Länder Mittel- und Osteuropas nicht nur eine grundlegende Neuordnung der politischen Verhältnisse zur Folge, sondern auch eine Neuorientierung der ökumenischen Beziehungen. So löste sich z.B. mit dem Zerfall der Sowjetunion die Allunion der Baptisten und Evangeliumschrten in diesem Bereich auf, und damit erlosch die bisherige Mitgliedschaft in den ökumenischen Organisationen. Es ist bisher nicht gelungen, die Beziehungen zu den Baptistengemeinden in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion neu anzuknüpfen. Die Ereignisse, die zur Auflösung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und zur Vereinigung mit der EKD führten, sind in diesem Kreise bekannt und brauchen nicht eigens dargestellt zu werden. In manchen Ländern, wie in der ehemaligen Tschechoslowakei und in Ungarn, wurden nach der Wende neue Kirchenleitungen gewählt, die der ökumenischen Bewegung zum Teil mit Zurückhaltung begegneten und die bisher gepflegten ökumenischen Beziehungen der staatlichen bzw. politischen Abhängigkeit verdächtigten.

In den osteuropäischen orthodoxen Kirchen, von Rußland über Bulgarien und Rumänien bis nach Serbien, blieben zwar die Leitungsstrukturen erhalten, aber die ökumenischen Beziehungen, die in den vorangegangenen 30 Jahren nur selten über die Leitungsebene hinaus zu den Gemeinden vorgedrungen waren, gerieten zunehmend unter Kritik von konservativen Kreisen, die darin eine Gefährdung der orthodoxen Tradition sahen und sehen. Dieser interne Konflikt um die weitere Beteiligung an der ökumenischen Bewegung ist zur Zeit in der russisch-orthodoxen Kirche am deutlichsten ausgeprägt, und der Ausgang ist nach wie vor offen. In der bulgarischen orthodoxen Kirche haben diese Auseinandersetzungen zu einem offenen Schisma geführt, das bis heute nicht behoben ist. Die besondere Situation der serbisch-orthodoxen Kirche ist in den letzten Jahren vielfältig kritisch diskutiert worden. Die enge Verbindung aller orthodoxen Kirchen mit dem Schicksal des jeweiligen Volkes ist dabei in ihrer inneren Kraft wie Problematik deutlich ins Bewußtsein getreten. Selten jedoch ist beachtet worden, daß die serbische Kirche in den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft keine Kompromisse mit dem Regime eingegangen ist. Insgesamt ist deutlich, daß in vielen Bereichen die Auswirkungen der Wende in Mittel- und Osteuropa auf die Orthodoxie tiefgreifender waren und sind als im Fall der protestantischen Minderheitskirchen in diesen Ländern. Die neu gewonnene Eigenständigkeit der osteuropäischen orthodoxen Kirchen hat das innere Gleichgewicht der Kräfte innerhalb der Orthodoxie verschoben und wirkt sich zunehmend auf ihre Beteiligung an der ökumenischen Bewegung aus. Der Streit zwischen Moskau und Konstantinopel um die Jurisdiktion über

die estnische orthodoxe Kirche ist nur ein erstes Indiz für tieferliegende Spannungen, die sich im Fall der orthodoxen Kirche in der Ukraine schon bald mit noch größerer Brisanz zeigen könnten.

Da wir von der ökumenischen Bewegung im ganzen sprechen und nicht allein von den ökumenischen Organisationen, verdient die römisch-katholische Kirche besondere Aufmerksamkeit. Es ist kein Zweifel, daß der Einfluß von Papst Johannes Paul II. auf die Entwicklungen in Polen einen besonderen Beitrag zur Vorbereitung der Wende geleistet hat, auch wenn der Einschätzung des Papstes in seiner Enzyklika *Centesimus Annus* eine gewisse Skepsis entgegengebracht wird. Jedenfalls kann man sagen, daß die katholische Kirche die Chance der Wende mit großer Entschlossenheit ergriffen und nicht allein in den katholischen Mehrheitsländern Mitteleuropas, sondern auch darüber hinaus versucht hat, gesellschaftlichen und kirchlichen Einfluß zu gewinnen. Die ausdrückliche Förderung des Vatikans bei der Wiederbelebung der mit Rom unierten Ostkirchen in der Ukraine und in Rumänien, ebenso wie die Errichtung von lateinischen Bistümern in Rußland und in Weißrußland, hat – jedenfalls zeitweilig – zu einer Unterbrechung der ökumenischen Kontakte zwischen der römischen Kirche und den orthodoxen Kirchen geführt. Die Neuordnung des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen und die eindeutig auf die neue Situation in Mittel- und Osteuropa ausgerichtete Sitzung der Bischofssynode für Europa lassen deutlich erkennen, daß die römisch-katholische Kirche das Ziel verfolgt, dem post-kommunistischen Mittel- und Osteuropa eine christliche und d. h. weitgehend katholische Identität wiederzugeben. Angesichts der deutlichen Indizien für die fortgeschrittene Säkularisierung in diesen Ländern werden freilich die Grenzen dieses Projekts inzwischen deutlich, wie insbesondere das Beispiel Polens zeigt.

II.

Nach diesem kurzen Überblick über die veränderte Situation der verschiedenen Kirchen in Mittel- und Osteuropa nach der Wende muß nun noch auf einige Aspekte verwiesen werden, die für die ökumenischen Beziehungen insgesamt von Bedeutung sind. An erster Stelle ist hierbei die unsichere und noch nicht abgeschlossene staatliche Neuordnung in diesem Teil Europas zu nennen. Während alle Länder der Region wirtschaftlich den Anschluß an die Europäische Gemeinschaft suchen und ihre eigenen Strukturen an die Bedingungen eines offenen Marktes angepaßt haben, ist die gesellschaftliche und politische Umstellung noch keineswegs abgeschlossen. Die in der

ersten Phase nach der Wende tonangebenden Bürgerrechtsgruppen und Kräfte einer sich formierenden Zivilgesellschaft sind in den meisten Staaten schnell zurückgedrängt worden. Entweder gewannen radikal-nationalistische Kräfte die Oberhand, wie z. B. in der Ukraine und mit besonders tragischen Konsequenzen im früheren Jugoslawien; oder die früheren kommunistischen Führungskader, nun wenigstens formal „gewandelt“ im Sinne eines demokratischen Sozialismus, konnten sich an der Macht halten bzw. sie gewannen in der zweiten Phase nach der Wende die Macht zurück. Bulgarien hat nach heftigen Demonstrationen der Bevölkerung inzwischen den dritten Anlauf zur Gewinnung politischer Stabilität genommen. Eine relative Stabilität scheinen die Länder der sog. Visegrad-Gruppe, d. h. Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn, gewonnen zu haben, die daher auch am ehesten den Anschluß an die Europäische Gemeinschaft und das westliche System finden werden. Die seit dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion eigenständigen Staaten des Baltikums, Weißrußland, Ukraine und Georgien bilden zusammen mit Rumänien und Bulgarien das „osteuropäische Hinterland“ und werden vermutlich auf längere Zeit mit der Stabilisierung der internen Verhältnisse und der Beziehungen zum übermächtigen Nachbarn Rußland zu tun haben. Am unübersichtlichsten und zugleich explosivsten ist die Situation im südosteuropäischen Balkanraum, wo die bestehenden Strukturen europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit zwar zur Eindämmung, nicht aber zur Lösung der Konflikte beigetragen haben. So bildet sich unweigerlich wieder die historische Zweiteilung Europas in den östlich-orthodox geprägten und den westlich-katholisch bzw. protestantisch geprägten Teil heraus. Die Frage nach der Einheit Europas in der Vielfalt seiner Kulturen und die ökumenische Frage nach der Einheit der Kirche über die Grenzen der historisch gewachsenen Traditionen hinaus überlagern sich. Ich werde darauf später noch einmal zurückkommen müssen.

Die staatliche und gesellschaftliche Neuordnung in den Ländern Mittel- und Osteuropas hat natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die Stellung der Kirchen in diesen Gesellschaften. Für die kommunistischen Regierungen galt bei aller prinzipiellen Trennung von Kirche und Staat das Prinzip einer engen Überwachung und Kontrolle der Kirchen als gesellschaftlicher Gruppierungen. Auch wenn die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern im einzelnen unterschiedlich waren, so gab es doch die Gemeinsamkeit, daß die Kirchen und religiösen Gemeinschaften zurückgedrängt waren auf den engen Bereich des Kultus und von jeder über diesen Raum hinausgehenden öffentlichen Betätigung ausgeschlossen waren. Ihr zum Teil erheblicher Besitz an Gebäuden und Ländereien sowie ihr ehemals starker Einfluß im

Bildungswesen und den sozialen Diensten waren der zentralistischen kommunistischen Politik zum Opfer gefallen. Es gibt erste Ergebnisse von religionssoziologischen Untersuchungen, die belegen, wie stark in den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft der Prozeß der Säkularisierung in all diesen Ländern vorangeschritten ist. Mehrere Generationen sind ohne Berührung mit der christlichen Tradition aufgewachsen und stehen selbst den einfachsten religiösen Symbolen fremd gegenüber. Es ist weniger ein Erfolg des militanten Atheismus als vielmehr des praktischen Materialismus, daß in diesen Ländern die Indifferenz der religiösen Tradition gegenüber ebensoweit vorangeschritten ist wie im Westen Europas.

Nach dem Zerfall der kommunistischen Ordnung versuchten die Kirchen alsbald, ihre Stellung und ihren Einfluß vor der kommunistischen Machtübernahme zurückzuerlangen. Die Erwartungen richteten sich zunächst auf die Rückgabe ehemals kirchlichen Eigentums sowie auf den Versuch, mit neu eröffneten kirchlichen Schulen im Bildungsbereich Fuß zu fassen. Diesen Bemühungen war unterschiedlicher Erfolg beschieden, und in zahlreichen Fällen entwickelten sich langwierige Rechtsstreitigkeiten um die Rückgabe kirchlichen Besitzes.

Daneben freilich sahen die Kirchen sich in wachsendem Maße neuen und ungewohnten Aufgaben gegenüber, vor allem angesichts der zerfallenden Systeme sozialer Sicherung. Nach Jahrzehnten der erzwungenen Randexistenz mußten sie neue Formen einer elementaren Diakonie entwickeln und sahen sich Erwartungen gegenüber, auf die sie weder konzeptionell noch personell vorbereitet waren. Die Neugründung orthodoxer diakonischer Schwesternschaften und Bruderschaften ebenso wie die Einrichtung von diakonischen und religions-pädagogischen Studiengängen an den theologischen Hochschulen und Akademien sind gute Beispiele für die Bereitschaft der Kirchen, sich dieser Herausforderung zu stellen. Inzwischen gibt es eine wirksame Kooperation bei der Ausarbeitung von Unterrichtsmaterialien für den Religionsunterricht und ein funktionierendes Netz diakonischer Einrichtungen. Noch auf lange Zeit hinaus freilich werden die Kirchen in Mittel- und Osteuropa auf ökumenische Hilfeleistung angewiesen sein, um angesichts der Not in ihren Ländern ein glaubwürdiges Beispiel christlichen Zeugnisses und Dienstes leisten zu können.

Ein zusätzlicher Faktor der Verunsicherung in dieser Phase des Übergangs war und ist das Hereindrängen von missionierenden und evangelisierenden religiösen Gruppierungen der unterschiedlichsten Herkunft. Konservativ-evangelikale Organisationen ebenso wie charismatische Gruppen und synkretistische religiöse Bewegungen aus dem asiatischen Umfeld drängten in

den mittel- und osteuropäischen Raum unter der Voraussetzung, daß die Jahrzehnte atheistischer Herrschaft ein religiöses Niemandsland hinterlassen hätten. Vielfach konnten diese Organisationen große finanzielle Mittel einsetzen und sich der Möglichkeiten der Beeinflussung durch die Medien bedienen, während die einheimischen Kirchen auf ihr traditionelles Umfeld begrenzt blieben. Der Proselytismus, d.h. die Abwerbung von Gläubigen, die in einer der einheimischen Kirchen wenigstens getauft waren, ist zu einem der zentralen Probleme für die Zukunft der ökumenischen Bewegung in Mittel- und Osteuropa geworden. In der Ablehnung dieser Form der Missionierung sind sich die katholischen und orthodoxen Großkirchen einig mit den protestantischen Minderheitskirchen unter Einschluß der Baptisten. Freilich hat diese gemeinsame Abwehr nur zu oft zur Folge, daß zusammen mit allen anderen von außen kommenden Einflüssen auch die ökumenische Bewegung verdächtigt wird, die Reinheit der eigenen Tradition zu untergraben. Der Weg ist nicht weit zu der Verbindung zwischen einer konservativ-defensiven religiösen Loyalität und einem militanten Nationalismus.

In ganz Mittel- und Osteuropa stellt sich daher die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Staat bzw. Kirche und Gesellschaft noch einmal völlig neu. Dies gilt ganz konkret für die Ausarbeitung neuer bzw. die Revision alter Verfassungen oder die Ausarbeitung von Gesetzen, welche die Stellung der Religionsgemeinschaften im öffentlichen Leben regeln. In Rußland, Rumänien und Polen haben die traditionellen Großkirchen den Versuch gemacht, ihre alte Vormachtstellung durch die Verfassung absichern zu lassen. Sie haben mit diesem restaurativen Projekt nur eingeschränkt oder gar keinen Erfolg gehabt. In Polen ist der Entwurf eines noch von der früheren Regierung ausgehandelten Konkordats mit der katholischen Kirche unterschriftsreif, wurde aber bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung zurückgehalten und muß nun entsprechend angepaßt werden. Das russische Parlament hat zwar ein Religionsgesetz verabschiedet, das die Tätigkeit aller nicht bereits anerkannten traditionellen Religionsgemeinschaften stark einschränkt; das Gesetz ist jedoch bisher vom Präsidenten nicht unterzeichnet worden. In Rumänien wie auch in anderen Ländern stehen die Bemühungen um eher restriktive, den Einfluß der traditionellen Kirchen absichernde Religionsgesetze im Widerspruch zu den Vereinbarungen des Europarates, welche auf die Sicherung von Religionsfreiheit und demokratischer Pluralität ausgerichtet sind. Bisher jedenfalls fehlt in Mittel- und Osteuropa ein überzeugendes Modell, wie die Beziehungen von Kirche und Staat in der gegenwärtigen Übergangssituation neu geordnet werden können.

Damit ergibt sich ein wichtiges Thema für ökumenischen Austausch und wechselseitige Beratung, deren Chancen freilich bislang kaum wahrgenommen worden sind. Dabei geht es weniger um ein verfassungsjuristisches bzw. kirchenpolitisches Problem, sondern um die grundlegende Frage, wie in der neu entstandenen Situation die Kirchen ihr Kirchesein gestalten und bewähren können. Die neuen Ansätze eigenständiger kirchlicher Existenz in der weltanschaulichen Diaspora, die in den Zeiten der Unterdrückung entwickelt worden sind, wurden in den ersten Jahren nach der Wende von starken restaurativen Kräften überlagert. Für die Zukunft der ökumenischen Bewegung wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob die Kirchen in Mittel- und Osteuropa ihre eigene Stimme wiederfinden und die Kraft gewinnen, sich der Manipulation durch politische, insbesondere nationalistiche Interessen zu widersetzen. Die innere Auseinandersetzung in der serbisch-orthodoxen Kirche und ihr Verhalten während der jüngsten Demonstrationswochen sind ein Beispiel für die Aufgabe, die auch den anderen traditionellen Großkirchen gestellt ist.

III.

Die bisherigen Überlegungen haben sich auf eine Beschreibung und Analyse der inneren Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa seit der Wende konzentriert. Das Thema lädt freilich dazu ein, nach der Bedeutung dieser Veränderungen für die Zukunft der ökumenischen Bewegung zu fragen. Diesem Aspekt möchte ich mich nun im abschließenden dritten Teil meines Vortrages zuwenden. Dabei sollte klar sein, daß die langfristige Bedeutung eines historischen Prozesses von diesen Ausmaßen auch nach sieben Jahren noch nicht wirklich abzuschätzen ist.

Die ersten Jahrzehnte der ökumenischen Bewegung in diesem Jahrhundert waren stark von den Vorgängen in Europa geprägt, d.h. vom Aufkommen des Faschismus und Stalinismus sowie vom Zweiten Weltkrieg, der in erster Linie ein europäischer Bürgerkrieg war. Die Anfänge des Prozesses der europäischen Einigung im Westen Europas wurden auch von der ökumenischen Bewegung intensiv begleitet. In den sechziger Jahren jedoch verschob sich die Aufmerksamkeit zunehmend auf die südliche Hemisphäre. Der Entwicklungskonflikt von Nord und Süd, der Rassenkonflikt, die Fragen wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit im weltweiten Maßstab traten in den Vordergrund. Zwar gehörten die Kirchen Europas nach wie vor zu den entscheidenden Trägern der ökumenischen Bewegung, insbesondere was die finanzielle Grundlage der ökumenischen Organisationen anging. Auch die

bilaterale Ökumene mit ihren intensiven theologischen Lehrgesprächen zwischen den großen Kirchenfamilien blieb weitgehend auf Europa konzentriert, von wo die konfessionellen Spaltungen historisch ihren Ausgang genommen hatten.

Aber die Fragen nach der Stellung Europas im Kontext der immer enger zusammenwachsenden einen Welt fanden nur geringe ökumenische Aufmerksamkeit trotz gelegentlicher Bemühungen der Konferenz Europäischer Kirchen in dieser Richtung. Im Gespräch mit den zu neuem Selbstbewußtsein erwachten Kirchen und Kulturen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas blieb die europäische Ökumene auf lange Zeit sprachlos. Die nahezu vollständige Kontextlosigkeit der ersten Texte der Leuenberger Gemeinschaft ist dafür ein beredtes Beispiel. Eine Änderung bahnte sich an im Zusammenhang des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Die Basler Europäische Ökumenische Versammlung zu Pfingsten 1989, d.h. nur wenige Monate vor dem Beginn der Wende in Mittel- und Osteuropa, hat mit ihrem Schlußdokument, insbesondere dem Kapitel über das gemeinsame Haus Europa, erste Signale für ein eigenständiges Nachdenken über Europa als einem ökumenisch bedeutsamen Kontext gesetzt. Diese Signale sind inzwischen an verschiedenen Stellen aufgegriffen worden, am deutlichsten vermutlich in dem großen ökumenischen Netzwerk Kairos Europa.

Während die katholische Kirche – und insbesondere Papst Johannes Paul II. – ein klares Europaprojekt vertritt im Sinne der Wiederherstellung des christlichen Europa, fehlt es jedoch den in den ökumenischen Organisationen vertretenen protestantischen und orthodoxen Kirchen Europas an einer gemeinsamen Perspektive für die Zukunft des europäischen Kontinents. Das Bild vom gemeinsamen Haus Europa ist schnell wieder in den Hintergrund getreten, und von Anfang an war nicht klar, ob es sich dabei um das Projekt eines Anbaus, eines Umbaus oder eines Neubaus Europas handeln sollte. Die entsprechenden Aussagen im Schlußdokument der Basler Ökumenischen Versammlung haben zwar ihre Gültigkeit nicht verloren, aber sie haben sich in der durch die Wende eingetretenen neuen Situation als nicht unmittelbar rezeptionsfähig erwiesen. Ob die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung in Graz mit ihrer Konzentration auf die Aufgabe der Versöhnung zu einer Klärung der ökumenischen Verantwortung im Blick auf die Zukunft Europas führen wird, bleibt abzuwarten.

Inzwischen jedenfalls ist deutlich, daß Europa in seiner westlichen und östlichen Hälfte in den Strudel der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen der Globalisierung hineingezogen worden ist, auch wenn diese Fol-

gen die beiden Hälften Europas sehr unterschiedlich betreffen. Die Chancen der Wiederbelebung und Vertiefung der eigenständigen europäischen Traditionen einer sozial verantwortlichen wirtschaftlichen und politischen Ordnung und damit der Achtung und Toleranz von Pluralität und des Schutzes von Minderheiten sind in den Jahren seit der Wende nicht gewachsen. Diese Situation innerer Schwäche, Zerrissenheit und Konflikträchtigkeit in Europa hat weitreichende Folgen für die ökumenische Bewegung im ganzen.

Die Auswirkungen der Wende in Mittel- und Osteuropa auf andere Teile der Welt sind zwiespältig. Einerseits hat der Zerfall des sowjetischen Imperiums und damit die Zurücknahme seiner geopolitischen Ambitionen die Lösung von lang andauernden regionalen Konflikten im südlichen Afrika und in Zentralamerika möglich gemacht. Für kurze Zeit schien es, als werde nun die Neugestaltung internationaler Ordnung im Sinne des ursprünglichen Mandats der Vereinten Nationen möglich. Die Beendigung der nuklearen Konfrontation und der Durchbruch zu den ersten tatsächlichen Abrüstungsschritten in Europa beflügelte die Hoffnungen auf eine „Friedensdividende“, d.h. die Umorientierung der somit freigewordenen Ressourcen für die Finanzierung dringend notwendiger Aufgaben der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den armen Regionen der Welt. Darüber hinaus entwickelte sich in den ersten Jahren nach der Wende eine umfassende Bewegung zur Demokratisierung autoritärer politischer Strukturen in Afrika, Lateinamerika und Asien, die auch den Kirchen neue Möglichkeiten des öffentlichen und gesellschaftlichen Wirkens zu erschließen schienen.

Inzwischen freilich hat sich das Blatt gewendet. Der Golfkrieg von 1991 war im Rückblick der Auftakt zu einer nicht abreißenden Serie von neuen Regionalkonflikten, die in der Zeit der Konfrontation der Großmächte niedergehalten worden waren. Die Instrumente der Vereinten Nationen zur Friedensbewahrung und Konfliktbewältigung haben sich in der neuen Situation eines vorübergehenden Machtvakuumms als unwirksam erwiesen. Die Demokratisierungsbewegung, vor allem in Afrika, kam in den meisten Fällen nach kurzer Dauer wieder zum Erliegen, und die alten autoritären Strukturen gewannen die Oberhand. Die Diskreditierung der kommunistischen Ideologie hatte eine Schwächung oder Lähmung der meisten sozialkritischen politischen Bewegungen zur Folge, die nicht bereit waren, sich dem Anspruch auf alternativlose Gültigkeit des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zu fügen.

Am einschneidendsten waren die Auswirkungen dort, wo es um die Hoffnung ging, freigewordene Rüstungsgelder könnten die Bemühungen um soziale und wirtschaftliche Entwicklung verstärken. Diese Hoffnung war

vermutlich von Anfang an unrealistisch, auch wenn sie durch den Nord-Süd-Bericht der Brandt-Kommission kräftigen Auftrieb erhalten hatte. Inzwischen jedoch zeigt sich, daß die wichtigste weltweite Folge der Wende in Mittel- und Osteuropa und der Beendigung des Kalten Krieges die rapide vorangetriebene Globalisierung der Wirtschafts- und Finanzstrukturen ist. Wettbewerbsfähigkeit, Kapitalrendite und Deregulierung sind zu den bestimmenden Kriterien der internationalen Beziehungen geworden. Während die Länder Mittel- und Osteuropas in erheblichem Maße finanzielle Unterstützung der westlichen Industrieländer in Anspruch nehmen konnten, waren die armen Länder der südlichen Hemisphäre, insbesondere Afrikas, die Hauptverlierer dieses Prozesses.

Die Wende in Mittel- und Osteuropa hat daher wenigstens indirekt zu einer völligen Neuordnung des globalen Gleichgewichts geführt und stellt damit die ökumenische Bewegung vor neue Herausforderungen. Wie kann ihr Bekenntnis zur Einheit der Kirche als Zeichen für die Einheit der Menschheit glaubwürdig vertreten werden angesichts eines globalen Einheitsprojekts, das ausschließlich von wirtschaftlichen Interessen bestimmt ist? Wie können die Kirchen wirksam den Prozessen der Fragmentierung und Marginalisierung entgegenwirken und zum Neuaufbau lebensfähiger Gemeinschaften beitragen? Immer deutlicher zeigt sich, daß die Kategorien des Nord-Süd-Konflikts zur Beschreibung und Analyse der gegenwärtigen Situation nicht mehr ausreichen. Die gleichen Prozesse, die zur Marginalisierung und zum effektiven Ausschluß großer Teile der Bevölkerung in südlichen Regionen beigetragen haben, sind inzwischen in Europa, vor allem in Mittel- und Osteuropa, am Werk. Welche Lehren sind aus bald vierzig Jahren kirchlicher Beteiligung am Entwicklungsprozeß für die Transformation der Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa zu ziehen? Welche neuen Formen wirklicher ökumenischer Partnerschaft lassen sich entwickeln angesichts der Tatsache, daß Europa heute vor den gleichen Herausforderungen an kirchliches Zeugnis und kirchlichen Dienst steht wie die Kirchen in den südlichen Ländern? Dies sind einige der neuen Fragestellungen, denen die ökumenische Bewegung heute gegenübersteht.

Für die Zukunft der ökumenischen Bewegung ist es langfristig wahrscheinlich von entscheidender Bedeutung, daß die Wende in Mittel- und Osteuropa den tiefen kulturellen Gegensatz zwischen dem östlich-orthodox geprägten und dem westlich-katholisch-protestantisch geprägten Teil der Christenheit neu zum Bewußtsein gebracht hat. Die Mitarbeit der orthodoxen Kirchen in den ökumenischen Organisationen hat das Gewicht dieses Gegensatzes lange Zeit verdeckt. Vorläufig fehlt es in der ökumenischen

Bewegung an Kommunikationsformen, die die jahrhundertealte Entfremdung in Prozesse des gegenseitigen Verstehens verwandeln könnte. Es zeigt sich hier, daß die kulturelle Dimension der historischen Kirchenspaltungen bislang nicht genügend beachtet worden ist. Das gleiche gilt für das Verständnis der neuen Kirchenbildungen in den südlichen Ländern. Eine vergleichbare Herausforderung stellt sich für die ökumenische Bewegung, nicht zuletzt im europäischen Raum, im Verhältnis zum Islam und den von islamischer Kultur geprägten Ländern bzw. muslimischen Minderheiten in Europa selbst. Wird die ökumenische Bewegung in der Lage sein, Formen des Dialogs und eine Praxis der Einheit zu entwickeln, die die bleibend Verschiedenen dennoch in Gemeinschaft verbinden kann, oder wird sich Europa mit seinen Kirchen abschotten aus Sorge, seine Identität und seine Stellung in der Welt zu verlieren? Die Kirchen in der ökumenischen Bewegung müssen sich an der Suche nach einem neuen „Wertsystem“, einem verbindenden „Weltethos“ beteiligen.

Wir stehen schließlich noch am Anfang der Diskussion, was die Erfahrungen von 40 bzw. 70 Jahren kirchlicher Existenz unter kommunistischer Herrschaft für das Kirchesein von Kirche bedeuten. Viele Kirchen in Mittel- und Osteuropa haben überlebt, indem sie sich auf die Verteidigung ihrer Tradition konzentriert haben. Wie kann verständlich gemacht werden, daß es einen fundamentalen Unterschied gibt zwischen dem atheistischen Angriff auf die Integrität des Glaubens und der ökumenischen Herausforderung zu kirchlicher Erneuerung?

Für die Zukunft der ökumenischen Bewegung ist die gegenwärtige Situation im Europa nach der Wende wie ein Brennspeigel, in dem sich die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verdichten. Die vielfältig, nicht zuletzt in Europa beklagte Krise der ökumenischen Bewegung könnte, im bekannten Doppelsinn des Wortes „Krise“, zugleich die Chance zu einem Neuaufbruch enthalten. Es lohnt sich nach meiner Überzeugung, diese Chance zu ergreifen.